

Newsletter 1.2014 | 7. März 2014

INHALTSVERZEICHNIS

1. Landesverband
2. Landtag
3. Europa
4. Termine

LANDESVERBAND

8. März in Dessau: Nazis entgegentreten



2.500 Menschen stellten sich im letzten Jahr dem Naziaufmarsch entgegen. "Zusammen für eine tolerante, offene und demokratische Stadtgesellschaft" lautet deshalb erneut die Losung für den 08. März 2014. Das Netzwerk GELEBTE DEMOKRATIE ruft an diesem Tag alle engagierten Bürgerinnen und Bürger zu einem bunten und phantasievollen Protest gegen einen Aufmarsch von Neonazis auf.

Auftakt 11 Uhr Bahnhof Dessau!

Ab 12.30 Uhr Mahnwachen an 16 Orten der Stadt

14 Uhr Menschenkette in Dessau

Mehr: <http://www.gelebtedemokratie.de/wordpress/?p=2198>

Alljährlich im März marschieren Nazis aus dem Kameradschaftsspektrum in Dessau-Roßlau auf. Mit einem sogenannten Trauermarsch versuchen die Rechtsextremisten die historische Tatsache der Bombardierung der Stadt im Zweiten Weltkrieg umzudeuten und für ihre Propaganda zu nutzen. Diese Geschichtsverfälschung können und werden wir nicht unwidersprochen hinnehmen.

Für den Abend haben die Nazis eine weitere Demo angemeldet, die zurzeit nicht genehmigt ist. Achtet auf aktuelle Infos in Dessau!

Frauenkampftag 8. März 2014

Die **Landesvorsitzende Birke Bull** erklärt zum Internationalen Frauentag:

„DIE LINKE ruft zur **bundesweiten Demonstration am 8. März 2014** in Berlin auf. Das Bündnis für den Frauenkampftag knüpft an die Tradition der Frauen- und Demokratiebewegungen an – auch 2014 bleibt es notwendig, selbstbewusst für die Rechte von Frauen einzutreten.“



Zudem werden Genossen und Genossinnen der LINKEN **traditionell bei verschiedenen Aktionen in Sachsen-Anhalt** unterwegs sein, um unsere Anerkennung für Frauen und Mädchen auszudrücken.

Gewalt und Diskriminierung sind immer noch Alltag im Leben vieler Frauen, auch in der heutigen, vorgeblich gleichberechtigten Gesellschaft. Sie werden zu Opfern, weil sie Frauen sind. Die Studie der EU-Agentur für Grundrechte hat vor wenigen Tagen alarmierende Zahlen veröffentlicht. Erstmals wurden in der Erhebung Frauen aus 28 Ländern zu ihren Erfahrungen mit körperlicher und seelischer Gewalt befragt. 62 Millionen Frauen sind demnach bereits Opfer von Belästigungen und Gewalt geworden.

DIE LINKE unterstreicht die Schlussfolgerungen der Studie „**Gewalt gegen Frauen**“. Öffentlichkeit statt Verschweigen, politisches Umdenken und Schulungen von Polizeibeamten und im Gesundheitswesen, ausfinanzierte Beratungsstellen und spezifische Hilfestellungen.“

Das Bündnis zum Frauenkampftag hat neben der Demonstration ein umfangreiches Programm zusammengestellt:

frauenkampftag2014.wordpress.com/programm/

Regionalkonferenzen zu den Europa- und Kommunalwahlen



Gemeinsam mit dem **kommunalpolitischen Forum e.V.** laden wir euch sehr herzlich zu unseren nächsten Regionalkonferenzen ein. An zwei Wochenenden finden jeweils die Konferenzen in zwei Regionen statt, am 21. März 2014 im südlichen Sachsen-Anhalt und in Magdeburg und am 4. April 2014 im Harz und in der Altmark.

Schwerpunkte werden die Europawahlen 2014, unsere politischen Botschaften für die Kommunalwahlen 2014 sowie ein Erfahrungsaustausch zu ausgewählten kommunalpolitischen Bereichen - z.B. das neue Kommunalverfassungsrecht, die Öffentliche Daseinsvorsorge oder der ÖPNV - sein. Dazu haben wir uns kompetente Gäste aus der Europa- und der Kommunalpolitik eingeladen. Darunter die Europaabgeordneten **Cornelia Ernst und**

Martina Michels, Wolfgang Rachow von der KommunalAkademie Berlin sowie viele linke Mandatsträger/-innen aus Sachsen-Anhalt – vom Landtag bis zur Kommune.

21. März 2014, 17 bis 20.30 Uhr

Region südliches Sachsen-Anhalt

Kulturtreff Halle/Neustadt, Am Stadion 6, 06122 Halle/Saale

Region Magdeburg

Familienhaus im Park, Hohefortestraße 14, 39106 Magdeburg

4. April 2014, 17 bis 20.30 Uhr

Region Harz

Rotunde, Tagungsraum der Halberstadtwerke, Wehrstedter Straße 48, 38820 Halberstadt

Region Altmark

Landratsamt, Raum Stendal, Hospitalstraße 1-2, 39576 Hansestadt Stendal

LANDTAG



Ausstellung: „Die Opfer des NSU und die Aufarbeitung der Verbrechen“

Die Fraktion DIE LINKE zeigt vom **11. bis 22.04.2014** die Ausstellung „Die Opfer des NSU und die Aufarbeitung der Verbrechen“ im neuen theater in Halle. Die Ausstellung wurde im Auftrag des Instituts für sozialwissenschaftliche Forschung, Bildung und Beratung (ISFBB) e.V. erstellt und wird seit November 2013 bundesweit ausgestellt.

Im ersten Teil werden die Biografien der Opfer des NSU dargestellt. Zu Wort kommen auch Angehörige der Mordopfer. Weitere Tafeln beschäftigen sich mit den Bombenanschlägen in Köln sowie den Banküberfällen. Der zweite Teil beleuchtet die Neonaziszene der 1990er Jahre sowie die Hilfeleistungen an den NSU aus dem neonazistischen Netzwerk. Dargestellt werden auch Gründe, warum die Mordserie nicht aufgedeckt wurde sowie der gesellschaftspolitische Umgang mit dem Themenkomplex nach dem Aufliegen der neonazistischen Terrorgruppe am 4. November 2011.

Die Ausstellung ist täglich von 10-18 Uhr zu besuchen.

Neben der Eröffnungsveranstaltung am 11.04. um 17 Uhr, auf dem die Kuratorin Birgit Maier uns durch die Ausstellung führen und es Beiträge von Matthias Brenner (neues theater), Wulf Gallert (DIE LINKE) sowie Henriette Quade (DIE LINKE) geben wird, begleiten wir die Ausstellung noch mit folgenden weiteren Veranstaltungen:

14.04.2014

18.30 Uhr: „Aufklärung abgehakt?“

Podiumsgespräch mit der AG NSU der Bundestagsfraktion DIE LINKE (angefragt)

16.04.2014

18.30 Uhr: „SOKO Bosphorus“ bis „Dönermorde“

Rassismus in Institutionen und die Praxis des racial profiling

17.04.2014

16.00 Uhr: „Blick in den Abgrund“

Eine kritische Bilanz des NSU-Prozesses mit Friedrich Burschel

Alle Veranstaltungen finden in den Räumen des neuen theater (Große Ulrichstraße 51) in Halle statt.

Kinder- und Jugendbeteiligungsgesetz eingebracht

Gesetzentwurf der LINKEN im Landtag

"Es ist eine große kulturelle Herausforderung, Kinder und Jugendliche ernst zu nehmen und sie selbst entscheiden zu lassen. Es geht nicht darum Demokratie zu üben, sondern sie am eigenen Leib zu erfahren".

Unsere Bildungspolitikerin und stellvertretende Fraktionsvorsitzende Birke Bull brachte zur jüngsten Landtagssitzung den Entwurf der Fraktion DIE LINKE für ein Kinder- und Jugendteilhabegesetz ein. Politische Mitbestimmungsrechte von Kindern und Jugendlichen zu stärken und sie frühzeitig an



demokratischen Entscheidungsprozessen zu beteiligen, ist erklärtes Ziel dieser parlamentarischen Initiative. [Mehr](#)
[Zum Gesetzentwurf \(PDF\)](#)

Handeln statt Wahlkampfgetöse

Aktuelle Debatte zur Schulentwicklungsplanung



"Die Schulentwicklungsplanung der Landesregierung ist inakzeptabel und nicht mehr zumutbar. Bekennen Sie endlich Farbe und handeln Sie, liebe Koalition!"

Da konnte der CDU-Abgeordnete Güssau unseren Bildungsexperten Matthias Höhn auch gerne als „Erklärbar“ bezeichnen. Das änderte nichts daran, dass Matthias Höhn Recht behielt. Mit einer aktuellen Debatte rief die Fraktion DIE LINKE wiederholt die Frage der Schulentwicklungsplanung – insbesondere der Grund- und Förderschulen in Sachsen-Anhalt – auf. Vor dem Hintergrund geplanter Grundschulschließungen hatte sich die Situation im Land in den letzten Tagen und Wochen deutlich zugespitzt. Zunehmend wanden sich Kreistage und Stadträte sowie Bürgerinitiativen vor Ort mit

Resolutionen und Protesten an die Öffentlichkeit. [Mehr](#)

www.dielinke-fraktion-lsa.de/erweiterte_texte/handelnstattwahlkampfgetoese/

EUROPA

Europawahlprogramm beschlossen



Der **Europaparteitag 2014** (1. Tagung des 4. Parteitags) und die Bundesvertreterversammlung zur Aufstellung der Europaliste fanden am 15. und 16. Februar 2014 im Hamburger CCH statt. Das Europawahlprogramm wurde mit großer Mehrheit bei wenigen Enthaltungen und einigen Gegenstimmen beschlossen. [Mehr](#)

[Zum Europawahlprogramm](#)

Thematisches Arbeitspaket zum Thema „Transatlantisches Freihandels- und Investitionsabkommen“ (TTIP)

Seit Mitte 2013 verhandeln EU und USA offiziell über ein Transatlantisches Freihandels- und Investitionsabkommen (TTIP). Vorgeblich geht es um den Abbau von „Handelshemmnissen“, doch das bedeutet nichts anderes als einen Angriff auf Sozial-, Umwelt- und Verbraucherschutzstandards. Die nächste Verhandlungsrunde ist für kommende Woche geplant (10.-14. März). Das Team vom KandidatInnen-Service hat dazu ein Arbeitspaket erarbeitet. [mehr...](#)

TERMINE

27./28. März 2014, Magdeburg
15./16. Mai 2014, Magdeburg
Landtagssitzung

10. März – 21. März 2014 Berlin

31. März – 11. April 2014, Berlin
Sitzungswochen Bundestag

Regionalkonferenzen:

21. März 2014, **Halle**
21. März 2014, **Magdeburg**
4. April 2014, **Halberstadt**
4. April 2014, **Stendal**

Forum **Rechtspopulismus in Europa**
17. März 2014, **Halle (Saale)**, 19 Uhr
Goldene Rose, Rannische Straße 19
Veranstaltung der Landtagsfraktion

Der Newsletter kann auch als PDF inklusive der meisten verlinkten Texte ausgedruckt werden.
[zum PDF...](#)

IMPRESSUM



DIE LINKE. Landesverband Sachsen-Anhalt
Ebendorfer Straße 3
39108 Magdeburg

Tel. 0391/732 48 40
Fax 0391/732 48 48
E-Mail: newsletter@dielinke-lsa.de

Redaktion: Martin Heinlein (V.i.S.d.P.), Anke Lohmann,
Beiträge zur Fraktion: Katja Müller

Wenn Sie diesen Newsletter nicht weiter erhalten möchten, senden Sie bitte eine E-Mail mit dem Betreff
"abbestellen" an: newsletter@dielinke-lsa.de
oder füllen Sie das entsprechende [Formular](#) aus.

Kinder und Jugendliche mitmischen lassen

Die Fraktion DIE LINKE brachte ein Gesetz zur politischen Teilhabe von Kindern und Jugendlichen ein



"Es ist eine große kulturelle Herausforderung, Kinder und Jugendliche ernst zu nehmen und sie selbst entscheiden zu lassen. (...) Es geht nicht darum Demokratie zu üben, sondern sie am eigenen Leib zu erfahren". Unsere Bildungspolitikerin und stellvertretende Fraktionsvorsitzende Birke Bull brachte zur jüngsten Landtagssitzung den Entwurf der Fraktion DIE LINKE für ein Kinder- und Jugendteilhabegesetz ein. Politische Mitbestimmungsrechte von Kindern und Jugendlichen zu stärken und sie frühzeitig an demokratischen Entscheidungsprozessen zu beteiligen, ist erklärtes Ziel dieser parlamentarischen Initiative.

Der Gesetzentwurf war federführend unter unserer kinder-jugend- und familienpolitischen Sprecherin Monika Hohmann entstanden. Dass sie ihn aus Krankheitsgründen nicht selbst in das Plenum einbringen konnte, war ein Wermutstropfen, aber Birke Bull war selbstverständlich eine würdige Vertretung. Der Einbringung des Gesetzentwurfes war ein monatelanger Arbeitsprozess vorangegangen, der bereits das beherzigte, was das Gesetz letztlich erreichen soll: Die Einbindung und Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in politische Prozesse.

Mit Online-Umfragen und einem Event zum Gesetzentwurf haben wir Kinder und Jugendliche nach ihren Erfahrungs- und Lebenswelten, ihren Prioritäten, kurzum ihren Wünschen und Vorstellungen zu einem solchen Gesetz befragt und mitdiskutieren lassen. Dabei ging es auch kontrovers zu aber am Ende mit einem guten Ergebnis. Die Erfahrungen, die wir als Fraktion dabei machen konnten, haben uns im Vorhaben eines solchen Gesetzes bestärkt. Kinder und Jugendliche wollen und können Verantwortung übernehmen, wenn man sie und ihre Sichtweisen ernst nimmt und die Hürden für ihre politische Teilhabe abbaut.

In diesem Sinne fasst unser Gesetzentwurf die generelle Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre, die Möglichkeit, bereits ab 16 Jahren an Volksentscheiden teilzunehmen sowie die Verankerung von Kinderrechten in der Landesverfassung ins Auge. Darüber hinaus soll ein Kinder- und Jugendrat des Landes gegründet werden, in dem Kinder und Jugendliche aus allen Landkreisen vertreten sind und der bei allen Fragen, die die Belange von Kindern und Jugendlichen berühren,

mitwirkt. Ein vom Landtag berufener Kinder- und Jugendbeauftragter soll zudem als Ansprechpartner und Moderator für Beteiligungsprozesse fungieren, die Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen in der Politik anregen, deren Benachteiligung entgegenwirken und den Landtag und die Landesregierung bei der Fortentwicklung und Umsetzung der Kinder- und Jugendpolitik beraten. Last but not least und unter dem Aspekt, dass Schule ein prägender Sozialisierungsfaktor für Kinder und Jugendliche ist: An den Schulen des Landes soll mehr Demokratie Einzug halten, unter anderem durch Schülerräte auf der Ebene der Einrichtung aber auch auf Gemeinde- und Kreisebene.

Hier geht's zum vollständigen Gesetzentwurf

Hier gehts's zur vollständigen Rede

Quelle:

http://www.dielinke-fraktion-lsa.de/erweiterte_texte/mehr_demokratie_wagen/

Handeln statt Wahlkampfgetöse

Die Fraktion DIE LINKE rief eine aktuelle Debatte zur Schulentwicklungsplanung auf.



"Die Schulentwicklungsplanung der Landesregierung ist inakzeptabel und nicht mehr zumutbar. Bekennen Sie endlich Farbe und handeln Sie, liebe Koalition!" Da konnte der CDU-Abgeordnete Güssau unseren Bildungsexperten Matthias Höhn auch gerne als „Erklärbar“ bezeichnen. Das änderte nichts daran, dass Matthias Höhn Recht behielt. Mit einer aktuellen Debatte rief die Fraktion DIE LINKE wiederholt die Frage der Schulentwicklungsplanung – insbesondere der Grund- und Förderschulen in Sachsen-Anhalt - auf. Vor dem Hintergrund geplanter Grundschulschließungen hatte sich die Situation im Land in den letzten Tagen und Wochen deutlich zugespitzt. Zunehmend wanden sich Kreistage und Stadträte sowie Bürgerinitiativen vor Ort mit Resolutionen und Protesten an die Öffentlichkeit.

Auch der Auftakt der Debatte zur jüngsten Landtagssitzung wurde vor der Magdeburger Johanniskirche mit Protest begleitet. Matthias Höhn kritisierte derweil die Verzögerungstaktik der Landesregierung, denn ein Antrag der Fraktion DIE LINKE, der unter anderem ein Moratorium der Schulentwicklungsplanverordnung für die Grund- und Förderschulen Sachsens-Anhalts forderte, war bereits im Dezember in den Landtag eingebracht und bis heute nicht zufriedenstellend im Ausschuss für Kultur und Bildung behandelt worden. Insofern blieb bis jetzt auch die Forderung der LINKEN auf der Strecke, mit kommunalen Entscheidungsträgern und Bürgerinitiativen vor Ort alternative Lösungen zu den geplanten Schulschließungen zu erörtern und auch Schulmodelle zuzulassen, die der Spezifik ländlicher Regionen besser entsprechen.

Also unterstrich Matthias Höhn das Ganze noch einmal – sowohl die Forderungen des damaligen Antrags als auch die zügige Behandlung des Selbigen im Kultur- und Bildungsausschuss des Landtages. Immerhin: Für Letzteres gab der Ausschussvorsitzende Schellenberger (CDU) nun die Zusage. Wird Zeit, dass endlich Klarheit herrscht, dann verkneifen sich einige Koalitionäre vielleicht auch ihre Janusköpfigkeit: Solange sie vor Ort öffentlich gegen die Grundschulschließungen zetern aber auf Landesebene nicht handeln, bleibt alles nur Getöse vor den Kommunalwahlen im Mai.

Hier geht's zur kompletten Rede im Videostream

Quelle:

http://www.dielinke-fraktion-lsa.de/erweiterte_texte/handeln_statt_wahlkampfgetoes

Arbeitspaket ?Transatlantisches Freihandels- und Investitionsabkommen?

Seit Mitte 2013 verhandeln EU und USA offiziell über ein Transatlantisches Freihandels- und Investitionsabkommen (TTIP). Vorgeblich geht es um den Abbau von ?Handelshemmnissen?, doch das bedeutet nichts anderes als einen **Angriff auf Sozial-, Umwelt- und Verbraucherschutzstandards**. Die nächste Verhandlungsrunde ist für kommende Woche geplant (10.-14. März).

Doch gegen das TTIP regt sich auch zunehmend Protest. DIE LINKE wird diese Proteste weiter aktiv unterstützen. So haben unsere Kandidatinnen und Kandidaten zur Europawahl bereits geschlossen die heute gestartete **Petition des Bündnisses ?TTIP unfairhandelbar?** unterzeichnet. Wer noch nicht unterschrieben hat, kann das hier tun: [unterzeichnen](#) - und bitte weitersagen!

Nachfolgend findet Ihr **weitere Informationen und Material für die Arbeit zum Thema** (zum Beispiel Muster-Presseerklärung und Muster-Artikel).

Unsere politischen Forderungen kompakt:

- Wir wollen weltweit Lohn-, Sozial- und Umweltdumping verhindern.
- Wir wollen hohe Qualitätsstandards für Konsumgüter und Dienstleistungen in der EU und in den USA.
- Wir wollen Unternehmen für Verstöße gegen diese Standards weiter zur Rechenschaft ziehen können.
- Wir wollen das Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA (TTIP) stoppen. Mit den Kritikerinnen und Kritikern in Europa und den USA werden wir den Widerstand gegen TTIP in Parlamenten und auf der Straße lautstark vertreten, uns vernetzen und austauschen.

Aktionsmaterial:

- Vorschlag einer [Muster-Presseerklärung](#)
- Vorschlag eines [Muster-Text](#) für Zeitungsartikel oder eure Webseite
- Flugblatt A5 (Kopiervorlage): [TTIP: Nicht mit uns!](#)
- Gutes Beispiel aus Freiburg, um im Kommunalparlament gegen TTIP aktiv zu werden: [TTIP und die Kommunen](#)

Aus dem Bundestag:

- Sonderseite unserer Bundestagsfraktion: [TTIP Freihandelsabkommen stoppen](#)
- Verhandlungen EU-USA Freihandelsabkommen: [Kleine Anfrage](#)
- Soziale, ökologische, ökonomische und politische Effekte des EU-USA Freihandelsabkommens: [Große Anfrage](#)

Hintergrundmaterial:

- Beschluss der 1. Tagung des 4. Parteitages: [Transatlantisches Freihandelsabkommen verhindern](#)
- Broschüre der Rosa-Luxemburg-Stiftung: Studie von John Hilary, die einen guten Überblick zu TTIP verschafft: [The Transatlantic Trade And Investment Partnership](#) (bisher nur auf Englisch erschienen)
- 5-Minuten-Info von Campact mit Erklärung zum Vertrag, wer verhandelt, Zeitplan und was passiert nach den Verhandlungen: [Handels- und Investitionsabkommen TTIP](#)

Ankündigungen:

- Broschüre der RLS: Studie von Ulrike Hermann zu TTIP in Deutsch wird bis Ende März gedruckt vorliegen.
- Broschüre der Bundestagsfraktion zur TTIP wird ebenfalls bis Ende März gedruckt vorliegen.

Quelle: http://www.dielinke-sachsen-anhalt.de/politik/aktuell/detailseiten_artikel/arbeitspaket_ttip/